



über
Magistrat

Der Oberbürgermeister

und
Herrn Stadtverordnetenvorsteher
Dr. Gerhard Obermayr

an den Ausschuss
für Finanzen und Beteiligung

21. April 2023

Deutschland-Ticket für städtische Beschäftigte

- Antrag der Fraktionen von FDP, CDU & BLW/ULW/BIG vom 08.03.2023
- Antrag-Nr. 23-F-69-0019
- Beschluss Nr. 0062 vom 15.03.2023 -

Die LHW stellt ihren Beschäftigten seit einiger Zeit das JobTicket-Premium des RMV zur Verfügung mit dem der gesamte Nahverkehr des RMV genutzt werden kann.

Anfang des Jahres haben Bund und Länder beschlossen, dass ab dem 1. Mai 2023 das sogenannte Deutschland-Ticket als Nachfolger des beliebten 9-Euro-Tickets eingeführt wird. Das Ticket ermöglicht für einen Anfangspreis von 49 Euro pro Monat die Nutzung des gesamtdeutschen Nahverkehrs. Vorgesehen ist auch eine um fünf Prozent verbilligte Abgabe des Deutschlandtickets als Jobticket sofern der Arbeitgeber dieses mit mindestens 25 Prozent Rabatt an die Beschäftigten weiterreicht.

Der Ausschuss möge daher beschließen:

Der Magistrat wird gebeten, zu berichten,

- 1.) wie viele Beschäftigten der LHW derzeit das JobTicket Premium des RMV in Anspruch nehmen.
- 2.) welche finanziellen Auswirkungen eine generelle Umstellung des bisherigen JobTicket Premium auf das Deutschland-Ticket für die LHW hätte.
- 3.) ob bereits mit den Vertretern der Beschäftigten der LHW Kontakt aufgenommen wurde, um eine Umstellung auf das Deutschland-Ticket zu diskutieren, da es z.B. über den Wegfall der Mitnahmeregelung auch gewisse Einschränkungen gibt.
- 4.) ob angedacht ist, den Beschäftigten zukünftig die Wahl zwischen dem JobTicket Premium und dem Deutschlandticket zu geben.

Zu Frage 1:

Die Anzahl der Nutzer verändert sich monatlich. Stand 10.03.2023 nutzen (bzw. besitzen) 3.938 Beschäftigte der LHW das JobTicket Premium des RMV. Aus steuerrechtlichen Gründen wollen dies nicht alle Mitarbeitenden. Die o.g. Zahl bezieht sich dabei auf die

Beschäftigten der Kernverwaltung. Insgesamt waren im Februar 2023 5.727 Personen Mitarbeiter in der Kernverwaltung.

Zu Frage 2:

Die finanziellen Auswirkungen einer generellen Umstellung des bisherigen JobTicket Premium auf das Deutschland-Ticket für die LHW kann nicht abschließend eingeschätzt werden, da nicht abzusehen ist, wie viele der derzeitigen Nutzer ihr Ticket dann zurückgeben werden (z. B. weil die Mitnahmeregelung entfällt) und wie viele neue Nutzer es geben wird (z. B. MA die in Rheinland-Pfalz wohnen).

Die Berechnung des Deutschlandtickets weicht von der des bisherigen Premium-Tickets insofern ab, dass dann nur noch für die tatsächlichen Nutzer gezahlt werden muss. Beim derzeitigen Ticket zahlen wir für jeden Berechtigten, egal ob er das Ticket nutzt oder nicht. Geht man von den derzeitigen Nutzern aus, würde dies Mehrkosten in Höhe von ca. 130.000 - 150.000 € pro Jahr bedeuten. Diese Mehrkosten erhöhen sich entsprechend mit jedem zusätzlichen Nutzer (558,60 € für jeden weiteren Nutzer pro Jahr).

Zu Frage 3:

Wir stehen im Austausch mit dem RMV; dieser hat uns auch die Einzelpreise genannt. (49,- € - 5%).

Zu Frage 4:

Die Option einer Wahl zwischen dem JobTicket Premium und dem Deutschlandticket besteht für die einzelnen Mitarbeitenden gemäß RMV nicht. Es kann nur zwischen der Fortführung des aktuellen RMV-Jobticket-Vertrags und einem Wechsel ins JobTicket Deutschland grundsätzlich entschieden werden.

Wir weisen darauf hin, dass das Deutschlandticket nur als digitales Ticket ausgegeben werden kann. Die Umstellung auf eine elektronische Lösung wird nach Auskunft des RMV eine gewisse Vorlaufzeit benötigen. Eine Übergangsphase zur Nutzung des Papiertickets als JobTicket Deutschland ist nicht möglich.



Gert-Uwe Mende